

»Wir müssen den Sinn der Klimakonferenzen hinterfragen«

Auch in der entscheidenden Phase kommen die Klimaverhandlungen in Baku kaum voran. Hier spricht Experte Benito Müller über eine Reform der Gipfel und sagt, warum Trump klimapolitisch eine Chance für Europa ist.

Ein Interview von **Kurt Stukenberg** 18.11.2024, 17.19 Uhr

SPIEGEL: Gerade haben sich führende Klimapolitikexperten mit einem Brief an die [Uno zu Wort gemeldet](#) und kritisiert, das Modell der Klimagipfel sei in der bisherigen Form »nicht mehr länger zweckmäßig« – stimmen Sie zu?

Müller: Absolut

SPIEGEL: Warum?

Müller: Ich habe schon vor Längerem davor gewarnt, dass die gegenwärtigen COPs (Conference of the Parties, Klimakonferenzen) den Verhandlern nicht mehr wirklich helfen, das [Paris](#)-Abkommen zu implementieren. Die Gipfel sind zu groß und wecken überdimensionierte Erwartungen. Es geht inzwischen eben nicht mehr darum, neue große internationale Verträge zu verhandeln, die haben wir seit 2015. Deswegen sorgen diese Mega-COPs für Enttäuschungen. Das hilft der Sache nicht, im Gegenteil. Inzwischen sind sie ein großes Reputationsrisiko für das multilaterale Klimaschutzregime.

SPIEGEL: Was wäre denn gewonnen, wenn die Gipfel verkleinert würden?

Müller: Die Gespräche werden vertrauter, es entsteht einfach eine andere Atmosphäre, als wenn wir mit 60.000 Menschen oder mehr zusammenkommen. Bei kleineren Veranstaltungen trifft man die Verhandler auf dem Flur, an der Kaffeabar.

Momentan müssen sich die Delegierten regelrecht verabreden, informelle Begegnungen sind kaum möglich. Dabei ist eine gewisse Intimität und Vertraulichkeit enorm wichtig für die Verhandlungen.

SPIEGEL: Was müsste noch passieren?

Müller: Wir erleben seit Jahren die Vermischung mehrerer Dinge: Auf den COP-Verhandlungseinheiten befassen sich die Fachleute der Länderdelegationen mit der Umsetzung des Pariser-Klimaabkommens. Parallel reisen die Staats- und Regierungschefs an, halten ihre Reden und nutzen den Austragungsort für einen politischen Gipfel, der jedoch mit den eigentlichen Verhandlungen nicht verdrahtet ist. Und es gibt auf dem Gelände der COP eine gigantische Klima-Expo, auf der Zehntausende Vertreter von NGOs, Lobbygruppen und Unternehmen um

Aufmerksamkeit für ihre Belange buhlen. Wir müssen diese drei Teile trennen und die Verhandlerteams in Ruhe ihre Arbeit machen lassen, ohne den großen Zirkus drumherum.

SPIEGEL: Wie sähe das konkret aus?

Müller: Nehmen wir an, [Deutschland](#) richtet in zwei Jahren die COP aus. Die echten Klimaverhandlungen könnten dann in [Bonn](#) stattfinden, dort befindet sich der Sitz des Uno- Klimasekretariats. Die Bundesregierung könnte Amtskollegen aus aller Welt früher oder später im Jahr zu einem großen Gipfel nach [Berlin](#) einladen. Die Expo, sofern man sie denn haben möchte, könnte in Frankfurt stattfinden.

SPIEGEL: Hat es den Klimakonferenzen nicht im Gegenteil immer sehr genützt, dass die Regierungschefs zu Beginn der Verhandlungen mit ihren großen Teams anreisen und für den nötigen Schwung sorgen?

Müller: Das bezweifle ich. Es gibt meiner Ansicht nach zwei Gründe, warum Spitzenpolitiker jedes Jahr auf die Gipfel kommen: Die COP-Präsidentschaft bekommt ein Familienfoto mit den Regierungsoberhäuptern aus aller Welt und kann sich als wichtiger diplomatischer Player zeigen. Die Regierungschefs nutzen die Bühne für Botschaften an die heimische Bevölkerung, in denen sie sich als Klimaschützer inszenieren. Diejenigen Staatschefs, die man tatsächlich überzeugen müsste, mehr zu tun, kommen dagegen gar nicht erst. Den internationalen Klimaschutz oder die Verhandlungen vor Ort bringt diese Show nicht voran. Wir können jetzt nicht einfach weitermachen wie bisher, sondern müssen den Sinn der Klimakonferenzen hinterfragen.

SPIEGEL: Wie wichtig sind die COPs denn überhaupt noch?

Müller: Sie haben, wie gesagt, ihre Schwächen, aber wir brauchen die Verhandlungsformate weiterhin, weil sie der einzige Ort sind, an dem sich alle Länder der Welt gleichberechtigt gegenüber sitzen, um das riesige Problem Klimawandel zu bearbeiten. Der Vorteil des Paris-Prozesses ist, dass alle mit am Tisch sitzen, nicht nur die Großen, Reichen und Mächtigen.

SPIEGEL: Was spräche denn dagegen, mehr Verantwortung auf Formate wie G20 zu verlagern, wo Staaten zusammenkommen, die wirklich etwas bewegen können?

Müller: Würden wir das Thema allein den großen Ländern überlassen, hätten die Kleinen keine Chance mehr, ihre Interessen zu wahren. Wenn die 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer zum Vorreiter beim Klimaschutz werden wollten, hätten sie auch heute schon alle Möglichkeiten, das zu tun. Außerdem geht es ja längst nicht mehr nur um Emissionsminderung, sondern es gibt neue Themen: Klimafinanzierung für arme Länder etwa. Wenn sie das an die G20 abtreten, haben die schwächsten Staaten keine Stimme und werden leer ausgehen.

SPIEGEL: Macht es einen Unterschied, welches Land den Klimagipfel leitet?

Müller: Ich sage mal so, wir würden nicht so viel über das, wie es Aserbaidschans Präsident Alijew nannte,

»Gottesgeschenk« Öl und Gas reden, wenn dieser Gipfel in [Vanuatu](#) stattfinden würde. Natürlich haben die jeweiligen Präsidenten der Gipfel Einfluss darauf, welche Themen

mehr Rampenlicht bekommen, welche Richtung ein Gipfelabschlussdokument nimmt. Wir sollten sicherstellen, dass die Klimagipfel kostenbedingt nicht nur in Petrostaaten und reichen Ländern stattfinden können.

SPIEGEL: Es gibt ja sogar den Vorschlag, Öl- und Gasstaaten gleich ganz von der Vergabe der Gipfel auszuschließen.

Müller: Das wäre mir zu radikal.

SPIEGEL: Warum?

Müller: Wenn Sie anfangen, Staaten auszuschließen, geraten Sie auf sehr dünnes Eis. Das sollten wir nicht tun, auch die Fossilstaaten müssen wir überzeugen, dass Klimaschutz in ihrem eigenen Interesse ist, das erreicht man nicht, indem man ihnen verbietet, Klimagipfel auszurichten.

SPIEGEL: Wie wird sich der Wahlsieg Trumps auf die Klimaverhandlungen in den kommenden Jahren auswirken?

Müller: Das ist jetzt die große Stunde Europas. Es hat die Chance, sich als letzte große, progressive Kraft beim Klimaschutz zu zeigen. Ich hatte in der Vergangenheit oft den Eindruck, dass es in Paris oder Berlin Vorbehalte gibt, zu sehr voranzugehen, wenn eine klimafreundliche US-Regierung an der Macht war, vielleicht wollte man dem Partner in [Washington](#) nicht zu sehr davoneilen. Diese Art von Rücksicht muss jetzt niemand mehr nehmen, ich kann mir daher gut vorstellen, dass die Europäer jetzt sogar mehr Ambition zeigen, als sie es bei einem Wahlsieg von [Kamala Harris](#) getan hätten.

SPIEGEL: Es wird trotzdem eine gewaltige Lücke bei der CO₂-Einsparung geben.

Müller: Da bin ich mir nicht so sicher. Vieles hängt von den US-Bundesstaaten ab, allein das demokratisch regierte [Kalifornien](#) spielt eine enorme Rolle für die Klimabilanz des Landes. Und die Energiewende hat sich längst ökonomisch verselbstständigt und ist schwer zu stoppen. Alles in allem ist die Performance der [USA](#) möglicherweise gar nicht so fundamental anders, wie sie es unter Kamala Harris gewesen wäre. Vielleicht bin ich da aber auch zu optimistisch.

SPIEGEL: Trump wird sich wohl kaum an der internationalen Klimafinanzierung beteiligen. Können andere Staaten das ausgleichen?

Müller: Das kommt darauf an, was wir erwarten. Die ärmeren Staaten fordern künftig Zahlungen von mehr als einer Billion Dollar jährlich – diese Summe wird es so oder so nicht geben, ob mit oder ohne die USA ist es unrealistisch, dass es zwischenstaatliche Transfers in dieser Größenordnung geben wird. Angenommen, wir sprechen perspektivisch von 200 oder 300 Milliarden jährlich, dann ginge das auch ohne die USA. Vor allem, wenn man neue Geldquellen auftut, eine Sondersteuer auf Flüge etwa, da gibt es schon [eine Reihe Ideen](#).

SPIEGEL: Was wird die COP in Baku bringen?

Müller: Meine Hoffnung ist, dass die multilateralen Verhandlungen das liefern, was von ihnen erwartet werden kann, nämlich Entscheidungen wie ein neues internationales Klimafinanzierungsziel zu setzen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.